

Antrag

**der Abgeordneten Christoph de Vries, Dennis Gladiator, Birgit Stöver,
Viviane Spethmann, Klaus-Peter Hesse (CDU) und Fraktion**

Betr.: Begrenzung des Ausgabenanstiegs bei den Hilfen zur Erziehung entschlossen voranbringen

Im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe wird davon ausgegangen, dass sozialräumliche Ansätze insbesondere dann ein Erfolg versprechendes und zukunftssträchtiges Mittel zur Ausgabenbegrenzung bei den Hilfen zur Erziehung sind, wenn sie auf eine stärkere Vernetzung mit dem Regelsystem vor Ort setzen. Vor diesem Hintergrund und mit dem Ziel, den anhaltenden Kosten- und Ausgabenanstieg im Bereich der HzE zu begrenzen und nach Möglichkeit zu reduzieren, hatte der schwarz-grüne Senat eine Umsteuerung hin zu mehr sozialräumlichen Hilfen und Angeboten begonnen. So wurde unter anderem das Programm „Sozialräumliche Hilfen und Angebote“ (SHA) auf den Weg gebracht, welches niedrigschwelligere Angebote für belastete Familien vorsieht und dem ASD eine Handlungsoption außerhalb von HzE zur Unterstützung von Familien bietet. Mit dem Haushaltsplan-Entwurf 2011/2012 des Vorgängerssenats wurden die Mittel für sozialräumliche Hilfen um rund 12 Millionen Euro deutlich aufgestockt. Vom Grundsatz her knüpft auch der neue Senat an dieses Programm an.

Während Senator Scheele eine öffentliche Diskussion zur Umgestaltung der Familienhilfe im Familienausschuss aber bislang verweigerte, legte er am 25. August 2011 ausschließlich der Presse ein Konzept mit radikalen Änderungen im Bereich der Familienhilfe vor. Das gemeinsame Ziel einer Kosten- und Ausgabenbegrenzung kann aber nur erreicht werden, wenn der Senat und die in der Bürgerschaft vertretenen Fraktionen frühzeitig und regelmäßig miteinander im Dialog stehen. Nicht akzeptabel ist es, wenn aktuelle Überlegungen und Pläne des Senats hinter verschlossenen Türen diskutiert werden und der Bürgerschaft vorenthalten werden. Notwendig im Sinne der Zielsetzung ist vielmehr Offenheit und Transparenz von Anfang an.

Zügig müssen nun gemeinsam Lösungen gefunden werden, denn auch im ersten Halbjahr dieses Jahres sind die Kosten und Ausgaben im Bereich der Hilfen zur Erziehung weiter gestiegen (vergleiche Drs. 20/1047). Was die Wirksamkeit der einzelnen Maßnahmen betrifft, ist fraglich, ob die enormen Ausgabezuwächse auch zu einer dementsprechenden Verbesserung der Lage von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien geführt haben. Gerade teure Intensivmaßnahmen, deren Kosten auch in diesem Jahr erneut gestiegen sind, sind nicht per se die besseren Maßnahmen. Vielmehr kann auch die Umsteuerung von kostenintensiven zu weniger kostenintensiven Hilfearten zu einer Begrenzung des Ausgabenanstiegs führen und dabei in den Institutionen ansetzen, die von Kindern und Jugendlichen regelmäßig besucht werden.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. das Programm „Sozialräumliche Hilfen und Angebote“ (SHA) endlich umzusetzen und dafür Sorge zu tragen, dass nach Abschluss der Kontrakte mit allen Bezirken die Planungen zu den sozialräumlichen Hilfen und Angeboten endlich abgeschlossen und die Mittel von den Bezirken auch eingesetzt werden,

2. dem Familien-, Kinder- und Jugendausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft vierteljährlich einen Bericht über den Stand der Kosten und Fallzahlen im Bereich der Hilfen zur Erziehung vorzulegen,
3. Einzelmaßnahmen im Bereich der Hilfen zur Erziehung insbesondere auf ihre erzieherische Wirksamkeit hin zu überprüfen,
4. dem Familien-, Kinder- und Jugendausschuss unverzüglich das Papier „Hilfen zur Erziehung - Konzeptionelle Vorschläge zu Weiterentwicklung und Steuerung“ zur gemeinsamen Beratung zukommen zu lassen,
5. unter Einbeziehung aller Fraktionen und der Beratungen des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses sowie einer Expertenanhörung bis März 2012 ein umfassendes Konzept zur Begrenzung des Ausgabenanstiegs und zur Ausgabenreduzierung im Bereich der Hilfen zur Erziehung vorzulegen,
6. dafür Sorge zu tragen, dass auch die bezirklichen Jugendhilfeausschüsse informiert und angehört werden,
7. der Bürgerschaft über die eingeleiteten Maßnahmen bis zum 31. Dezember 2011 zu berichten.